6 7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18 19

20

21

22

23 24

25

26

27

28

29

30

31

32

33 34

35

36

37

38

39

40 41

42

43

44 45

Antrag 76/I/2022 KDV Steglitz-Zehlendorf Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission zurückgestellt

Sozialdemokratische Außenpolitik ist, ohne Wenn und Aber, immer Friedenspolitik!

- Die SPD solidarisiert sich mit den Menschen in der
 Ukraine, die unter dem am 24. Februar 2022 begonnen russischen Angriffskrieg leiden und verurteilt
 die Aggression seitens der Staatsführung der Russischen Föderation.
 - Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die gegenwärtig in Russland trotz drastischer Repressionen gegen den menschenverachtenden Krieg Wladimir Putins und für einen sofortigen Frieden demonstrieren.
 - Wir unterstützen die angekündigten bzw. laufenden humanitären Hilfeleistungen für die Ukraine seitens der Bundesregierung.
 - 4. Wir fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, weiterhin alle Möglichkeiten zu nutzen, die unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Interessen der Ukraine zu einem Ende des Krieges und einer gemeinsamen Perspektive für einen dauerhaften Frieden in Europa führen. Vor dem Hintergrund der Erosion der internationalen Friedens- und Sicherheitsordnung stellen wir fest:
 - Die SPD unterstreicht die grundsätzlichen Werte als Friedenspartei in Deutschland, die für internationale Solidarität und Frieden einsteht.
 - 6. Wir begrüßen die Bemühungen der SPD-geführten Bundesregierung auch nach dem Angriff auf die Ukraine weiter für Verhandlungen und Beilegung des Konflikts einzustehen.
 - 7. Auch in einer so dramatischen Situation darf es keine Umkehr der friedenspolitischen Grundeinstellung der Partei geben. Die angekündigte Aufrüstung der Bundeswehr durch ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro hilft keinem Menschen in der Ukraine, sondern trägt zu einem weltweiten Wettrüsten bei. Das steht im Widerspruch zu einer sozialdemokratischen Friedenspolitik.
 - 8. Wenn die 100 Milliarden eingesetzt werden, darf dieses Geld nur zu einer Sicherung der Handlungsfähigkeit zur Verteidigung der Staatsgrenzen und Bündnisverpflichtungen eingesetzt werden. Die Investitionen in neue Waffensysteme, wie zum Beispiel bewaffnete Drohnen lehnen wir ab.
 - Die SPD spricht sich für höhere Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildungseinrichtungen, das Gesundheitssystem und die Bekämpfung des Klimawandels durch die Bundesregierung aus.

46 47 48 49 50

Begründung

Seit dem 24. Februar 2022 führt die russische Staatsspit-51 ze unter Wladimir Putin einen völkerrechtswidrigen und 52 53 menschenverachtenden Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser gravierende Bruch mit der internationalen Frie-54 55 densordnung ist durch nichts zu rechtfertigen.

Die internationale Staatengemeinschaft und die deutsche 56 57 Bundesregierung haben geschlossen auf diesen Kriegsakt reagiert. Die angekündigten Sanktionen gegen Russland 58 werden harte Konsequenzen für die Menschen in Russ-59 land, aber auch in Europa nach sich ziehen. Trotz aller Vor-60 61 bereitungen sind besonders ärmere Menschen von den Sanktionen und ihren direkten wie indirekten Auswirkun-62 gen überproportional betroffen. Wir sprechen uns ohne 63 Vorbehalte dafür aus, jegliche humanitäre Hilfe zu leisten 64 65 für die Menschen, die aufgrund des Krieges fliehen müs-66

67 Wir brauchen aber neben der sofortigen Hilfe für die Menschen, die aufgrund des Krieges in der Ukraine leiden, 68 auch eine breite Debatte in der Gesellschaft und in der 69 70 Partei, wie wir in Europa zu einer dauerhaften Friedens-71 ordnung zurückkehren. In dieser Debatte muss sich die SPD ihrer historisch gewachsenen Werte als Friedenspar-72 73 tei in Deutschland treu bleiben. Sozialdemokratische Außenpolitik ist immer Friedenspolitik, ohne Wenn und Aber. 74 75 So heißt es in der Präambel unseres Organisationsstatuts: "Die SPD ist eine demokratische Volkspartei. Sie vereinigt 76 77 Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen, die sich zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, 78 79 zur gesellschaftlichen Gleichheit von Mann und Frau und 80 zur Bewahrung der natürlichen Umwelt bekennen." (Präambel des Organisationsstatuts der SPD) 81

82 83

84 85

86

87

88 89

90

91

Auch in unserem Hamburger Grundsatzprogramm haben wir uns als Partei klar für den Frieden als oberstes Ziel der deutschen Außenpolitik ausgesprochen: "Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Wir setzen auf die Überzeugung, dass Macht dem Recht untergeordnet werden muss." (Hamburger Grundsatzprogramm, S. 19)

92 93 94

95

96

97

98

99

Wir haben in der Bundestagswahl 2021 auch deshalb Wählerinnen und Wähler überzeugt, weil wir klar benannt haben, dass die SPD alles für den Frieden in Europa und der Welt unternehmen wird: "Als die Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüs-100 tung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusam101 menarbeit." (Zukunftsprogramm der SPD, S. 61)

102

Eine sozialdemokratische Außenpolitik ist nicht naiv, nur 103 weil sie den Frieden und dessen Wahrung als oberstes 104 Ziel festsetzt. Wir bekennen uns zu der Entspannungspo-105 litik und der Politik der Guten Nachbarn, wie sie von Wil-106 ly Brandt und Egon Bahr erfolgreich beschritten wurde. 107 108 Ohne sie wäre die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen. Es geht jetzt auch darum, dieses Erbe 109 nicht aufs Spiel zu setzen. Auf den Angriff auf die Ukrai-110 ne mit einer derart massiven Aufrüstung zu antworten, 111 kann daher nicht der richtige Weg für die Sozialdemokra-112 tie sein. Aufrüstung führt weder zu mehr Frieden noch 113 zu mehr Gerechtigkeit und verbaut Lösungswege zu einer 114 verteilungsrechteren, nachhaltigen Antwort auf die glo-115 balen Herausforderungen der Menschheit, Klimawandel, 116 Zerstörung von Natur und Umwelt. 117

118

Eine massive Aufrüstung der Bundeswehr würde bei 119 gleichbleibendem fiskalischen Rahmen und dem Behar-120 ren auf der Schuldenbremse noch mehr dazu führen, dass 121 für wichtige Projekte der Sozial-, Arbeits-, Bildungs- und 122 123 Klimapolitik weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Als SPD können wir es nicht akzeptieren, dass un-124 ter anderem die Einführung des Bürgergeldes, die ökolo-125 126 gische Transformation der deutschen Wirtschaft und eine ambitionierte Klimapolitik, dass die Kindergrundsiche-127 rung, die Reform des BAFöG und die zusätzlichen Investi-128 tionsmittel in Bildung des Bundes zurückgestellt werden 129 oder drastisch gekürzt werden, weil wir massiv in neues 130 Kriegsgerät investieren. 131

132

Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland. Dies ist Teil 133 der sozialdemokratischen Identität. Wir sind als Friedens-134 partei nicht naiv oder unzuverlässig für unsere interna-135 136 tionalen Partner und ebenso versperren wir uns nicht vor einer kritischen Reflexion der Außenpolitik Deutschlands. 137 138 Unser Ziel muss aber jetzt erst recht sein, für vertrauensbildende Maßnahmen in Europa, Verständigung aller 139 und Zusammenarbeit der Staaten und Regierungen, da-140 mit Kriege materiell unmöglich werden.